



Bundesnachrichtendienst

*„Neue Herausforderungen für den Bundesnachrichtendienst“ -*  
**Die internationale Sicherheitslage aus der Sicht des BND**

Vortrag des BND-Präsidenten,  
Herrn Ernst Uhrlau,  
vor der Clausewitz-Gesellschaft  
in Hamburg am 14. Mai 2007

**Es gilt das gesprochene Wort!**

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

zunächst einmal vielen herzlichen Dank für die einführenden Worte und die Einladung! Sie gibt mir Gelegenheit, über die aktuell größten sicherheitspolitischen Problemfelder und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Arbeit des Bundesnachrichtendienstes zu sprechen.

Wenn Sie in diesen Tagen die Zeitungen aufschlagen, dann fallen Ihnen Zeilen ins Auge wie

- „Al Qa'ida zündet Bomben in Algier“
- „Europa fürchtet neue Terrorwelle“
- „Kämpfe zwischen FATAH und HAMAS“
- „EU verschärft Sanktionen gegen Iran“
- „Iran: UN zu Annäherung im Streit um Urananreicherung bereit“
- „Zahl der zivilen Opfer im Irak erneut gestiegen“
- „50 Tote bei schwerem Anschlag in Iraks Kurdenregion“
- „Heftige Kämpfe in Süd-Afghanistan“.

Ich möchte Ihnen eine Einschätzung der aktuellen Risiko- und Bedrohungslage geben, denn es lassen sich nur einige – im wahrsten Sinne des Wortes – Brennpunkte schlaglichtartig beleuchten.

Lassen Sie mich beginnen mit einer grundsätzlichen Bestandsaufnahme der aktuellen internationalen Situation:

Generell ist festzustellen, dass sich die Parameter des Bedrohungsszenarios nach dem Ende des Ost-West-Antagonismus grundlegend gewandelt haben. Die staatenzentrierte Konfliktkonstellation, die noch zu Zeiten des Kalten Krieges die sicherheitspolitische Agenda dominierte, hat keine vorrangige Bedeutung mehr. Es sind nicht länger nur Staaten, die Kriege führen.

Ja, es lässt sich sogar sagen: Immer weniger Kriege werden von Staaten geführt, immer häufiger sind nicht-staatliche Akteure Protagonisten kriegerischer Konflikte. Auseinandersetzungen sind "privatisiert" worden, sie sind asymmetrisch und nicht länger an ein bestimmtes Territorium gebunden.

Die sicherheitspolitische Agenda wird zunehmend bestimmt von sub-staatlichen Akteuren, die transnational und häufig konspirativ agieren. Die von ihnen ausgehende Bedrohung folgt dem Muster asymmetrischer Kriegsführung. Restriktionen des klassischen Kriegsvölkerrechts, insbesondere der Schutz der Nicht-Kombattanten, haben also keine Gültigkeit mehr.

Selbst in unmittelbarer Nachbarschaft Europas erleben wir fragile Staatlichkeit und Erosion des staatlichen Gewaltmonopols bis hin zum Staatszerfall: in Teilen des Balkans, in Nordafrika oder der Kaukasus-Region. Etwa ein Fünftel aller Staaten weltweit lässt sich als "gescheitert" bezeichnen - als "failed states". Die Zahl der "scheiternden Staaten" - der "failing states" - liegt noch höher.

Auch räumlich eher entlegene Krisen haben Auswirkungen auf unsere Sicherheitslage. Die hiervon ausgehenden Destabilisierungstendenzen betreffen zwar primär die Region, sie wirken sich aber durch so genannte „spill over-Effekte“ also Überschwappen der Krisenphänomene, auch auf uns hier in Europa aus.

Lassen Sie mich die aktuell wichtigsten Parameter der sicherheitspolitischen Bedrohungslage skizzieren und mich dabei auf Kernaussagen konzentrieren:

- Internationaler islamistisch motivierter Terrorismus
- Proliferation – und hier insbesondere Iran [und Nordkorea]
- Regionale Konflikte (Nahost, Irak, Afghanistan).

Zunächst zum **Internationalen islamistisch motivierten Terrorismus**:

Seit den 90er Jahren konfrontiert uns der transnationale Jihad-Terrorismus mit einer neuen totalitären Bedrohung. Seine Kennzeichen sind asymmetrische Kriegsführung und die universelle Bedrohung der internationalen Ordnung.

Diese Form des Terrorismus verfolgt das strategische Ziel, westliche und bisher gemeinhin als universal anerkannte Werte zurückzudrängen, moderate islamische - in den Augen der Terroristen ungläubige - Regime zu schwächen und an deren Stelle eine fundamentalistische Ordnung zu errichten. Es ist ein Kampf gegen westliche Lebensformen und gegen muslimische Aufklärung.

Die ideologische Zweiteilung der Welt in „Gläubige“ und zu bekämpfende „Ungläubige“ dient zur Rechtfertigung des ausschließlich in Form von Gewalt interpretierten Jihad gegen jedes als „ungläubig“ identifizierte Ziel.

In diesem Sinne geraten insbesondere die USA, Großbritannien und natürlich Israel sowie deren „Unterstützer“ - wie z.B. Spanien und Italien - und eben auch vermeintlich ungläubige muslimische Staaten wie Saudi-Arabien und Jordanien als Ziele ins Visier.

Es ist offenkundig: Der Jihad-Terrorismus bedroht alle offenen Gesellschaften – auch uns.

Der kaum einzugrenzende Operationsraum, die quasi weltweiten Unterstützerstrukturen, die breite Feindkategorie als Kern einer äußerst flexiblen Gewalt-Doktrin machen diese Form der Bedrohung präzedenzlos.

Bei der Betrachtung des islamistischen Terrorismus sind über die letzten Jahre Veränderungen erkennbar, die zu charakterisieren sind als Dezentralisierung in operativer Hinsicht bei gleichzeitiger Ideologisierung in globalem Rahmen.

Was heißt das?

Es heißt zum einen, dass international operierende islamistische Terrorgruppierungen strukturell zunehmend gekennzeichnet sind durch autonom operierende Zellen.

Der Anteil zentral durch al-Qa'ida gesteuerter Terror-Aktivitäten hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen – grundsätzlich jedoch besteht eine operative Steuerung in gewissem Umfang fort.

Für die zunehmend dezentralen Strukturen im Bereich des internationalen islamistischen Terrorismus gilt:

Die Kern-Al-Qa'ida um Usama bin Laden und Dr. Zawahiri fungiert in erster Linie als Propaganda-Organ für einen „globalen Jihad“.

Sie inspiriert und motiviert regionale Gruppierungen und lokale Zellen, deren spezifische Agenda dadurch den Anstrich einer universellen Programmatik erhält. Dies wurde bereits sichtbar bei den Anschlägen in Madrid und London 2004 bzw. 2005 und bei den zum Glück fehlgeschlagenen Anschlagversuchen Juli 2006 in zwei deutschen Regionalzügen.

Vor diesem Hintergrund beobachten wir eine anhaltende Tendenz zur Bildung von al-Qa'ida-Filialen: al-Qa'ida im Irak, al-Qa'ida auf der Arabischen Halbinsel und al-Qa'ida im islamischen Maghreb (ehemals GSPC/Algerien).

Letztere ist durch die beiden Bombenanschläge in Algier am 11. April, bei denen 33 Algerier getötet und 222 verletzt wurden, nachhaltig ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit gerückt.

Bei den Anschlägen platzierten Selbstmordattentäter – eine für algerische Verhältnisse höchst seltene Vorgehensweise – präparierte Fahrzeuge bei den Zielen (Regierungssitz sowie Sitz der Spezialkräfte Polizei) und sprengten sich mit ihnen in die Luft.

Al-Qa'ida Maghreb hat sich in einem einschlägigen Islamisten-Forum, das auch die anderen al-Qa'ida-Regionalorganisationen für entsprechende Botschaften nutzen, zu den Anschlägen bekannt und veröffentlichte Bilder der drei mutmaßlichen Attentäter.

Die breit angelegte Ideologie des „globalen Jihad“ gegen die Bedrohung des Islam durch die Ungläubigen fungiert also gleichzeitig als Bindeglied und als Identitätsstifter.

Darüber hinaus ist die Absicht erkennbar, eine globale islamistische Massenbewegung auszulösen. Ziel ist die weltweite Radikalisierung/Selbst-Rekrutierung von Muslimen, darunter auch im Westen scheinbar integrierter Migranten und ihrer Nachkommen.

Dieses Projekt wird mit geschickter Nutzung moderner Publikationsforen wie Internet und Satelliten-Fernsehen und dem zunehmend appellativen Charakter der Botschaften von der Al-Qa'ida Führung umgesetzt. Das Internet fungiert zudem vermehrt auch als Tatvorbereitungsmedium.

Der internationale islamistische Terrorismus bleibt auf absehbare Zeit eine der größten Bedrohungen für unser aller Sicherheit. Mehr denn je steht Europa als gemeinsamer Gefahrenraum im Visier des neuen transnationalen Terrorismus.

Deutschland gerät aufgrund seines markanteren außen- und sicherheitspolitischen Profils – zum Beispiel aufgrund des Bundeswehr-Engagements in Afghanistan nach 9/11 - verstärkt ins Zielspektrum terroristischer Anschläge. Das haben spätestens die gescheiterten Trolley-Anschläge im vergangenen Jahr verdeutlicht.

Die Videobotschaft der „Stimme des Kalifats“ *„Nachrichten an die Regierungen von Deutschland und Österreich“* vom 10. März 2007 spricht eine deutliche und beunruhigende Sprache. Hier wird erstmals eine klare und ausschließliche Drohung gegen Deutschland (und Österreich) ausgesprochen. Deutschland rückt ganz konkret ins Angriffsprofil islamistischer Gruppierungen.

Trotz zahlreicher Fahndungserfolge hat sich die terroristische Bedrohungslage nicht wirklich entspannt. Die transnationalen islamistischen Terrornetzwerke haben schon in der Vergangenheit ihre hohe Regenerationsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Die flexible Anpassung an aktuelle politische Brennpunkte – aktuell: Irak - und damit die Fortsetzung des Mobilisierungsprozesses führen der Bewegung immer neue Kräfte zu.

Der islamistisch motivierte Terrorismus wird immer weniger kalkulierbar. Gruppen, Zellen, Einzelpersonen agieren zum Teil autonom, bislang nicht betroffene Staaten und Objekte geraten ins Zielspektrum.

Die Konturlosigkeit des Internationalen Terrorismus erschwert seine Bekämpfung, bietet sie doch nur wenige „Angriffsflächen“.

Es kennzeichnet den globalen Jihad – und dies macht seine Gefährlichkeit aus, dass er unter Muslimen weltweit „mentale Zünder“ setzt, die oft unter nur schwer vorhersehbaren Bedingungen ausgelöst werden.

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

lassen Sie mich zum nächsten Risikofeld kommen, zur **Proliferation**.

Das Interesse einschlägiger sicherheitspolitischer Akteure am Besitz von Massenvernichtungswaffen und Trägersystemen ist ungebrochen. Proliferation hat das Potenzial, die strategischen Kräfteverhältnisse signifikant zu verändern.

Während Libyen im Dezember 2003 nach Aufdeckung seiner Kernwaffenambitionen seinen Verzicht auf MVW-Programme erklärt hat, laufen die Tendenzen im **Iran** derzeit in eine gegensätzliche Richtung. Nuklearprogramm plus Raketenprogramm sind zentraler Ausdruck des hegemonialen Selbstverständnis Teherans. Beschaffungsaktivitäten für ein ziviles und vermutlich militärisches Nuklearprogramm werden seit 1989 beobachtet. Ende 2003 erhärteten die bekannt gewordenen Aktivitäten des pakistanischen Strippenziehers für Nuklearproliferation, Kernwaffen und Urananreicherung, Abdul Qadeer Khan („Vater der PAK Kernwaffe“), die Befürchtungen im Hinblick auf ein mögliches Kernwaffenprogramm in Iran. Anlagen oder Einrichtungen, die eindeutig einem Kernwaffenprogramm zugeordnet werden können, konnten jedoch bisher nicht identifiziert werden.

Bislang ist Iran der Aufforderung des VN-Sicherheitsrates, u.a. sein Anreicherungsprogramm zu suspendieren, nicht nachgekommen. Im Gegenteil: Am 09. April nutzte die Teheran den sogenannten „Tag der Nukleartechnologie“, um einen Propaganda-Erfolg zu landen: Präsident AHMADINEJAD verkündete, das Land sei nunmehr in der Lage, angereichertes Uran in „industriellem Maßstab zu produzieren“ – eine Behauptung, die unsere Experten massiv in Zweifel ziehen.

Eine präzise Abschätzung, zu welchem Zeitpunkt Iran gegebenenfalls über einen eigenentwickelten Kernsprengsatz verfügen könnte, ist schwierig. Nach unserer Beurteilung wird es jedoch noch einige Jahre dauern, bis Iran über eine ausreichende Menge an hochangereichertem Uran für einen Kernsprengsatz verfügt. Dies wäre zwar noch nicht die „einsatzfähige Nuklearwaffe“, würde aber für einen Kerntest ausreichen.

Parallel zum Nuklearprogramm forciert Iran auch sein militärisches Raketenprogramm. Im Fokus stehen Entwicklung und Kauf von weiteren ballistischen Raketen mittlerer und interkontinentaler Reichweite.

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

das bemerkenswert selbstbewusste außenpolitische Auftreten Irans hat neben dem Wissen um das eigene militärische Potenzial und die aktuelle sicherheitspolitische Entwicklung in der Region auch gewichtige wirtschaftliche Gründe: Teheran kennt seine Bedeutung für die Weltölversorgung. Über 10% der heute nachgewiesenen Weltölreserven liegen in Iran, 4% der weltweiten Ölproduktion und 5% der Weltölexporte entfallen auf das Land. Ein Ausfall der iranischen Ölexporte – z.B. im Zuge einer militärischen Konfrontation oder eines iranischen Ölexportstopps – hätte erhebliche Folgen für die Weltölversorgung: Die Weltwirtschaft müsste beträchtliche Preisaufschläge auf den internationalen Ölmärkten verkraften.

Welche Konsequenzen für die regionale Sicherheit und Stabilität resultieren aus der Existenz einer Atommacht Iran?

Bereits die iranische Fähigkeit zum Aufbau einer Nuklearrüstung wäre eine deutliche Zäsur und würde das Kräfteverhältnis der Region nachhaltig verändern.

Dies bedeutet jedoch nicht zwangsläufig eine Verschärfung der konkreten Bedrohungslage für die Nachbarstaaten. Das Risiko eines nuklearen Wettrüstens in Nah-/Mittelost würde jedoch steigen – mit entsprechenden Auswirkungen auf die regionale Sicherheit.

Eine Schlüsselfrage bei der Bewertung der zukünftigen Rolle eines nuklear bewaffneten Iran ist die Frage nach der Rationalität der maßgeblichen iranischen Akteure.

Nach unserer Einschätzung verfolgt die iranische Führung eine nationale Interessenpolitik. Es dürfte daher wahrscheinlich sein, dass Nuklearwaffen als „politische“ Waffen verstanden werden.

Ihr Zweck bestünde demzufolge darin, den Fortbestand des klerikalen Systems nach außen sowie den Status Irans als unangefochtene Regionalmacht zu sichern.

In diesem Szenario würde sich eine konkrete Beeinträchtigung der Interessen Dritter vor allem für die Handlungsfreiheit Israels und der USA ergeben.

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

Gestatten Sie mir einen kurzen Ausblick:

Iran wird hartnäckig, aber auch behutsam sein Dominanzstreben weiterverfolgen. Zu größeren Rückzügen dürfte Teheran nicht bereit sein. Iran ist an einer neuen Ordnung in Nah-/Mittelost – zu seinen Gunsten – interessiert.

Gleichzeitig fühlt sich Teheran – eingekreist durch US-Truppen – bedroht. Wir erleben ein Wechselspiel: Eskalationsschritte werden durch flankierende Entspannungsgesten in der Außenwahrnehmung ausbalanciert.

Das Nuklearprogramm nimmt zur Überwindung der perzipierten sicherheitspolitischen Schwäche Irans eine Schlüsselrolle ein. Von seinen nuklearen Ambitionen wird Teheran daher nur schwer abzuhalten sein, zumal die Bevölkerung in dieser Frage mehrheitlich hinter der Regierung steht.

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

lassen Sie mich zum nächsten Risikobereich kommen, den regionalen Krisen und Konfliktpotenzialen. Regionale Konflikte werden immer mehr zu Brennpunkten mit globaler sicherheitspolitischer Bedeutung. Irak, Afghanistan und natürlich der Nahostkonflikt sind Beispiele für die Komplexität dieser Thematik.

Zunächst zum Nahostkonflikt:

Die sicherheitspolitische Situation in der Region Nah-/Mittelost wird nach wie vor vom ungelösten Nahostkonflikt bestimmt. Eine grundsätzliche Verständigung zwischen Israel und den Palästinensern im Hinblick auf eine Wiederbelebung der Road Map ist seit der Machtübernahme durch HAMAS sehr in Frage gestellt.

Eine erneute Anspannung der regionalen Sicherheitslage mit erheblichem Destabilisierungspotenzial brachte der Konflikt zwischen Hizballah und Israel im Sommer vergangenen Jahres. Die Geiselnahme zweier israelischer Soldaten durch die Hizballah am 12. Juli 2006 hat zu einer neuen Polarisierung geführt.

Der Ausgang des Konflikts ist bekannt. Die Befreiung der beiden israelischen Geiseln wurde nicht erreicht. Hizballah ist als politische Organisation weder aus dem Südlibanon verdrängt noch in ihrer Existenz getroffen.

Allerdings erlitt sie durchaus zumindest zeitlich begrenzt eine militärische Schwächung und politische Verluste, die sie durch besondere Betonung ihrer politischen Handlungsfähigkeit zu überspielen versucht.

Bekannt ist auch, dass die militärische bzw. materielle Überlegenheit Israels in der Region angesichts asymmetrischer Kriegsführung von Seiten militärischer Gruppierungen keine Garantie mehr für die dauerhafte Sicherheit der israelischen Bevölkerung ist.

Was sind die bisherigen Konsequenzen dieses Konflikts?

Die VN-Resolution 1701 definiert neue Rahmenbedingungen für die politischen Kräfteverhältnisse in und um Libanon. Erhebliches Destabilisierungspotenzial liegt in der Entscheidungsfindung zur Entwaffnung von Hizballah.

Für Hizballah sind die Konsequenzen aus dem Konflikt erheblich:

- Hizballah verfügt zwar im Notfall weiter über ausreichende militärische Potenziale zur Selbstbehauptung im Libanon und gegenüber Israel. Kurzfristig jedoch sind ihre militärischen Optionen im Südlibanon durch Aufgabe der eigenen sichtbaren und kontrollierten bewaffneten Präsenz deutlich eingeschränkt. Hizballah wird zumindest bis auf weiteres nicht mehr als Ordnungsmacht im Südlibanon auftreten können. Diese Position muss sie an die libanesischen Streitkräfte und an UNIFIL abtreten.
- Nachdem die VN-Sicherheitsratsresolution 1701 zunächst einen schweren politischen Misserfolg für die Hizballah bedeutete, waren die folgenden Monate von einem offensiven Streben um politische Selbstbehauptung und Bestandswahrung der Schiitenpartei geprägt. Dies war letztlich ursächlich für den aktuellen innenpolitischen Machtkampf im Libanon.

Vor dem Hintergrund anhaltender Partizipationsforderungen der Opposition und latent vorhandener schiitisch-sunnitischer Spannungen bleibt die Lage im Libanon weiterhin angespannt. Der innenpolitische Machtkampf dreht sich aktuell um die Frage der Einsetzung eines Internationalen Tribunals zur Aufklärung des HARIRI-Mordes. Auch die im Herbst 2007 anstehende Entscheidung über die Besetzung des Staatspräsidentenamtes rückt zunehmend ins Blickfeld. In beiden Fällen sind tragfähige Kompromissansätze nicht in Sicht. Die wesentlichen Gräben zwischen der Hizballah und dem Sammelbecken der regierenden 14. März-Bewegung bestehen unverändert fort.

Dennoch sind die wichtigsten innenpolitischen Akteure bislang einig in dem Bemühen, eine gewaltsame Eskalation unbedingt zu vermeiden. Das gilt auch für die Hizballah, der aufgrund eines tief in die schiitische Bevölkerungsgruppe hineinreichenden Organisationsgrades grundsätzlich ein ernstzunehmendes Eskalationspotenzial zuzumessen ist.

Trotz vereinzelter sicherheitsrelevanter Vorkommnisse, die ihren bisherigen Höhepunkt in einem Sprengstoffanschlag auf zwei Pendlerbusse am 13. Februar 2007 fanden, bei denen 3 Tote und über zwanzig Verletzte zu beklagen waren, ist die Sicherheitslage im Libanon zwar angespannt, insgesamt aber noch stabil.

Im Falle einer Instrumentalisierung des Konfliktpotenzials erscheinen Gewaltausbrüche – punktuell auch gegen UNIFIL-Einrichtungen – möglich.

Im Konflikt Israel/Palästinenser zeigt sich auch nach der Bildung einer Regierung aus FATAH und HAMAS im März diesen Jahres kein signifikanter politischer Entwicklungsschub. Vor allem die Entführung des israelischen Soldaten SHALIT am 25. Juni 2006 erweist sich dabei als Hemmschuh. Präsident ABBAS ist es nicht gelungen, die dringend notwendigen Reformen, beispielsweise im Sicherheitsbereich, umzusetzen und das Verhältnis zu Israel zu konsolidieren.

Auf der anderen Seite reagiert Israel mit begrenzten Militäroperationen auf Aktionen militanter Palästinenser im Gazastreifen, aber auch auf der Westbank.

Der politische Wille zur Lösung des Konflikts scheint auf beiden Seiten – insbesondere nach dem Abzug der israelischen Siedler aus dem Gazastreifen – einer schwer zu überwindenden Lethargie gewichen zu sein.

Speziell seit der Entführung SHALITs kommt es regelmäßig zu Aktionen der israelischen Streitkräfte, v.a. auf der Westbank. Daneben wird die Sicherheitslage immer wieder von heftigen innerpalästinensischen Auseinandersetzungen zwischen FATAH und HAMAS, sowie einzelner Clans überschattet. Den lokalen Schwerpunkt der gewaltsamen Kämpfe bildet dabei der Gazastreifen.

Die Aktionen der israelischen Streitkräfte sowie die Kämpfe zwischen palästinensischen Sicherheitsdiensten sind das Ergebnis zweier paralleler Entwicklungen:

1. weiterhin schwelender innerpalästinensischer Machtkampf um die politische Vorherrschaft und
2. der Versuch Israels, die HAMAS, gegenwärtig Inhaber der Mehrheit im palästinensischen Parlament und Seniorpartner in der Einheitsregierung mit FATAH, zu schwächen und deren Regierung zu stürzen.

Präsident Abbas gelingt es gegenwärtig nicht, die Sicherheitssituation zu konsolidieren. Ihm fehlt dabei vor allem der Rückhalt der eigenen FATAH-Bewegung. Gleichzeitig verliert er bei der palästinensischen Bevölkerung zunehmend an Glaubwürdigkeit.

Auch HAMAS trägt sich nach der Regierungsbildung mit internen Auseinandersetzungen hinsichtlich ihrer zukünftigen Ausrichtung, hat aber weniger von ihrer Popularität eingebüßt. Neuwahlen dürften folglich eher von FATAH, die nach wie vor gespalten scheint, als von HAMAS gefürchtet werden.

Insgesamt scheint es schwerer denn je, einen Lösungsansatz zu finden, der sowohl den israelischen Sicherheitsbedürfnissen als auch der palästinensischen Forderung nach einem eigenen Staat Rechnung trägt.

Das Risiko einer dauerhaften Stagnation der politischen und sicherheitlichen Lage im Nahen Osten nimmt zu – zumindest mittelfristig muss eine Lösung der Palästinenserfrage mit einem großen Fragezeichen versehen werden.

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

lassen Sie mich nun zum Thema Irak kommen.

Auch knapp vier Jahre nach Ende der „offiziellen Kampfhandlungen“ bleibt Irak gefangen in einer Spirale aus Terror, Gewalt, schlechter Versorgungslage und einem politischen Prozess, der bislang keine durchschlagenden Lösungen für die drängenden Probleme des Landes hervorbringen konnte.

Verschiedene Kernfragen der zukünftigen Gestaltung des Landes – Parlamentswahlen, Verfassungsreferendum – wurden zwar in den letzten vier Jahren angegangen. Sie sind jedoch nach wie vor nicht abschließend gelöst und werden zum Teil von der schlechten Sicherheitsituation überlagert. Die Erwartung, mit formalen politischen Fortschritten den Negativ-Kreislauf zu durchbrechen, hat sich nicht erfüllt.

Die Sicherheitslage ist nach wie vor sehr prekär mit negativer Entwicklungstendenz. Gegenwärtig werden im Irak pro Tag durchschnittlich 135 sicherheitsrelevante Zwischenfälle registriert. Unverändert sind hohe Verluste bei den US-Kräften zu beklagen.

Im April sind nach US-Angaben 104 amerikanische Soldaten gefallen. Insgesamt summiert sich die Zahl der getöteten US-Soldaten auf 3.377 seit dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen Ende Mai 2003 (US-Angaben).

Größer noch ist die Zahl der Toten unter der Zivilbevölkerung. Die Zivilisten stellen mittlerweile das Hauptziel von Anschlägen dar und werden gezielt angegriffen. Allein im vergangenen April kamen nach unseren Zählungen 1622 Zivilisten ums Leben, wobei die Dunkelziffer vermutlich deutlich höher ist.

Drei Monate nach Beginn des Sicherheitsplans Bagdad ist keine Verbesserung der Sicherheitslage in der irakischen Hauptstadt zu erkennen. Im Gegenteil, Bagdad ist unverändert das Zentrum der Aktivitäten aller bewaffneten Gruppen.

Nach wie vor verüben sunnitische Militante in schiitischen Stadtvierteln gezielte Anschläge mit hohen Opferzahlen. Das wiederum zieht Vergeltungsattacken schiitischer Milizen nach sich.

Hier ist eine Eigendynamik entstanden, die schwer zu durchbrechen sein wird.

Die Sicherheitslage in den meisten Provinzen hat sich verschlechtert. Dies dürfte insbesondere auf die Truppenkonzentrierungen im Raum Bagdad und dem daraus resultierenden Machtvakuum in den anderen Landesteilen zurück zu führen sein.

In den letzten Monaten ist im Nordirak ein Anstieg der Gewalt zu verzeichnen – vor allem in den Städten Mosul, Kirkuk und Tal Aftar. Die kurdisch dominierten Gebiete der Provinzen Dahuk, Arbil und Sulaymaniyah bildeten bislang eine Ausnahme. Dort tragen die effizient operierenden kurdischen Peshmerga-Kräfte maßgeblich dazu bei, dass sich hier die Sicherheitslage vergleichsweise ruhiger und stabiler darstellt.

Mit dem Bombenanschlag in Arbil, bei dem am vergangenen Mittwoch (09. Mai) mindestens 12 Menschen getötet und über 40 verletzt worden sind, ist nach längerer Zeit die Gewalt im Kurdengebiet zurückgekehrt. Am Sonntag starben bei einem Selbstmordanschlag in Machmur bei Mosul 50 Menschen – über 70 Personen wurden verwundet. Die Anschläge bestätigen Befürchtungen, wonach sich die prekäre Sicherheitslage in den umstrittenen Gebieten im Nordirak auch auf das kurdische Autonomiegebiet übertragen könnte. Es besteht die Gefahr, dass Islamisten die vergleichsweise ruhige und stabile Sicherheitslage in den kurdisch dominierten Teilen der Nordprovinzen durch Anschläge verschlechtern und damit die kurdische Regionalregierung diskreditieren.

Die politische Neugestaltung des Landes wird durch die innerirakischen Trennlinien erheblich erschwert.

Das Ziel einer „Regierung der Nationalen Einheit“ erweist sich immer mehr als Illusion. Regierung und Parlament agieren entlang der ethnisch-konfessionellen Grenzen. Ernsthaftige Schritte zur Integration der Sunniten, wie z.B. eine Revision der Verfassung, unterbleiben. Partikularinteressen und Machtstreben Einzelner verhindern einvernehmliche Lösungen.

Der Einfluss der Zentralregierung in den Provinzen tendiert gegen Null. Die Fragmentierung des Landes schreitet entlang ethnisch-konfessioneller und tribaler Grenzen voran. Einzig im Kurdischen Autonomiegebiet ist ein Zusammenhalt erkennbar.

Das Risiko eines Scheiterns der Regierung MALIKI ist hoch.

Es steht zu befürchten, dass der Irak auf absehbare Zeit gefangen bleibt in einem fatalen Kreislauf von Anarchie und Gewalt.

Auch Afghanistan liegt politisch, sozioökonomisch und geostrategisch im Zentrum komplexer Konfliktfelder.

Es ist unter anderem als Erfolg der internationalen Bemühungen zu verbuchen, dass der Aufbau demokratienaher Strukturen in Afghanistan nicht von der militanten Opposition verhindert werden konnte. Die politischen Institutionen sind etabliert, wenn auch aufgrund personeller und organisatorischer Mängel weiterhin ineffizient. Dessen ungeachtet versucht die Zentralregierung mit Initiativen auf dem Sicherheitssektor und mit Gesprächsofferten in Richtung militante Opposition und Stammesbevölkerung im Süden die Initiative zu gewinnen.

Was die Sicherheitslage angeht, so hat die Zweiteilung des Landes in einen relativ sicheren Norden und Westen sowie Risikogebieten im Süden und Osten unverändert Bestand.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Zahl der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle 2006 deutlich angestiegen ist. Die negative Entwicklung der Sicherheitslage hat zu einer signifikanten Verschlechterung der Stimmung in der Bevölkerung geführt. Das gilt vor allem in den Regionen, in denen Erfolge der Wiederaufbauarbeit – Sicherheit und wirtschaftliche Weiterentwicklung - bislang ausgeblieben sind und Kämpfe zu Kollateralschäden führen. Diese Enttäuschung ist Nährboden für islamistische Propaganda. Da sich die Faktoren gegenseitig beeinflussen, haben wir es mit einem gefährlichen Teufelskreis zu tun, der sich – wenn auch in wesentlich geringerem Ausmaß – in nahezu allen Regionen Afghanistans wiederfindet.

Lassen Sie uns zunächst einen Blick auf die Lage im Süden des Landes werfen:

Der Widerstand im Süden hat sich mittlerweile so formiert, dass im Rahmen seiner Bekämpfung das gesamte Intensitätsspektrum militärischer Operationen vonnöten ist. Im Gegensatz zu früheren Jahren gelingt es den Kern-Taleban, in den Südprovinzen zunehmend Kämpfer mit regionaler Verwurzelung zu rekrutieren. Insgesamt ist gegenwärtig von ca. 1.500-2.000 Kern-Taleban sowie von 6.000 – 8.000 Unterstützern auszugehen, die temporär an Kampfhandlungen teilnehmen.

Der Zustrom militanter Kämpfer ist derzeit groß genug, dass selbst hohe Verluste bislang zu keinem nachhaltigen Rückgang der Kampfhandlungen geführt haben.

Vor dem Hintergrund der aus Sicht der militanten Opposition sehr erfolgreich verlaufenen Entführung des italienischen Journalisten Mastrogiacomo ist die Entführungsgefahr für westliche Staatsangehörige in Süd-Afghanistan deutlich gestiegen.

*Meine Damen und Herren,*

wenden wir uns nun der Sicherheitslage in der Nordregion zu.

Die Lage im unter deutscher Führung stehenden Regional Command North ist nach wie vor vergleichsweise ruhig und stabil. Allerdings verzeichnen wir seit Jahresfrist einen kontinuierlichen Anstieg der sicherheitsrelevanten Zwischenfälle. Die größten Risiken für die Sicherheitslage im Norden gehen nach wie vor von der Drogenwirtschaft und illegalen bewaffneten Gruppen aus. Anschläge und Angriffe des vergangenen Jahres in Badakhshan sowie Angriffe gegen ISAF-Kräfte im Raum Kunduz und in Baghlan sind nach unserer Beurteilung ein Beleg für die Anwesenheit militanter Gruppierungen in der Region.

Die Anzahl der Selbstmordanschläge in Afghanistan hat seit Mitte 2005 signifikant zugenommen. Im Jahr 2007 ist es bereits zu 37 Selbstmordanschlägen gekommen, das entspricht einer Verdreifachung im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahrs.

Negativfaktor für die Entwicklung der Sicherheitslage in Afghanistan ist auch die weiterhin grassierende Drogenwirtschaft. Die bisherigen Anti-Drogen-Operationen waren trotz umfangreicher Bemühungen ein Fehlschlag.

Im Jahr 2006 ist es nach einem Rückgang der Produktion in 2005 wieder zu einem massiven Ausbau der Drogenwirtschaft gekommen. Die für den Schlafmohnanbau genutzte Fläche wuchs um nahezu 60% auf rund 165.00 ha, die Rohopiumproduktion ist um ca. 50% auf etwa 6.100 t gestiegen – das entspricht einem Anteil am Weltmarkt von über 90%. Damit wurden neue Höchststände erreicht – ein Sachverhalt, der in erster Linie auf den Mangel an echten Alternativen zum finanziell äußerst attraktiven Anbau zurückzuführen ist.

Für 2007 erwartet UNODC abermals einen deutlichen Anstieg von Anbaufläche und Rohopiumertrag.

Die Drogenproblematik unterminiert die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans. Die volkswirtschaftliche Wertschöpfung des Drogensektors betrug im Jahr 2006 rund 3,0 Mrd. US-\$. Dies entsprach etwa 31% des gesamten Bruttoinlandsproduktes und ist damit der größte Teil der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung des Landes.

Insgesamt besteht angesichts der landesweit zunehmenden gesetzlosen Zustände die Gefahr, dass sich ein wachsender Teil der Bevölkerung mittel- bis langfristig der militanten Opposition als vermeintlichem Garant für Sicherheit und Ordnung zuwendet. Wenn es nicht gelingt, die Verankerung der Zentralregierung in den Provinzen zu stärken und der militanten Opposition den Nährboden zu entziehen, dann sind die bislang erzielten politischen Erfolge gefährdet.

*Meine sehr geehrten Damen und Herren,*

lassen Sie mich eine Bilanz ziehen aus dem bisher Gesagten: Was sind die Perspektiven internationaler Sicherheit? Und: Wie könne wir ihnen begegnen?

Die sicherheitspolitische Großwetterlage ist gekennzeichnet durch komplexe und hochdynamische Risiko- und Bedrohungsphänomene. Die wichtigsten habe ich genannt: Internationaler islamistischer Terrorismus, Proliferation und regionale Konflikte mit transregionalen Implikationen.

Die Bedrohungslage wird auf absehbare Zeit gekennzeichnet sein durch fließende Situationen mit chaotischen Teilen, in der Ordnungselemente mehr die Ausnahme als die Regel sind.

Moderne Sicherheitsrisiken bestehen aus einem Teufelskreis vielfältiger, sich gegenseitig verstärkender Destabilisierungsprozesse. Und auch wenn sie scheinbar weit entfernt passieren, bringt die globale Vernetzung regionale Fehlentwicklungen quasi direkt vor unsere Haustür.

Insbesondere der sogenannte Krisenbogen Nah-/Mittelost ist auf absehbare Zeit sicherheitspolitisches Dauerthema. Hier bündeln, überlappen und fokussieren sich sämtliche modernen Risiko- und Konflikttypen.

Langfristig werden die komplexen sicherheitspolitischen Probleme und Herausforderungen der Gegenwart nur durch ganzheitliche Ansätze zu bewältigen sein, in denen Instrumente der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik eng miteinander verzahnt sind. Das Weißbuch spricht deshalb zu recht vom Konzept der vernetzten Sicherheit.

Die Entwicklung geeigneter Instrumente und Strategien wird um so besser gelingen, je mehr wir in der Lage sind, die realen Sicherheitsrisiken und deren Ursachen frühzeitig zu erkennen.

Der Bundesnachrichtendienst leistet hierzu seinen Beitrag: Unser Auftrag ist es, die Bundesregierung mit den entsprechenden lagerelevanten Informationen zu versorgen und so Hilfestellung zu geben für politische Entscheidungen.

Der nach dem Ende des Kalten Krieges zunehmend komplexen sicherheitspolitischen Bedrohungslage begegnen wir durch eine konsequente inhaltliche und strukturelle Neuausrichtung des Dienstes. Nur so kann der BND seinem Anspruch gerecht werden, kompetenter Dienstleister von Regierung und Parlament zu sein.

Orientierung und Eckpunkte dieser Neuausrichtung sind:

- Die zunehmend aktive Rolle Deutschlands im internationalen Geflecht von Krisenmanagement, Konflikteindämmung und Konfliktbewältigung.

Sie erfordert zwingend ein verändertes Informationsangebot. Die neuen hochdynamischen Gefährdungsprozesse verlangen auch die Beschaffung taktisch verwertbarer nachrichtendienstliche Erkenntnisse.

Aktuelle und operativ nutzbare Informationen haben für die Entscheidungsträger einen hohen Stellenwert. Die Truppe im Einsatz braucht vor allem „actionable intelligence“. Hier steht der BND auf dem Prüfstand.

- Die wachsende Zahl von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Vor diesem Hintergrund war und ist eine engere, optimierte Kooperation des BND mit der Bundeswehr unabdingbar.

Die Übernahme von Aufgaben und Funktionen des ZNBw durch den BND dient dem Ziel einer verbesserten Einsatzunterstützung. Die Informationsversorgung von BMVg und Bundeswehr wird auf eine breitere, fundiertere Basis gestellt. Der BND ist der einzige deutsche Auslandsnachrichtendienst. Nur er besitzt die zum Schutz der Truppe erforderlichen Befugnisse zur geheimen Informationsbeschaffung.

Wichtige Aufgabe des BND ist künftig insbesondere, der Bundeswehr die für Planung, Vorbereitung und Durchführung von Auslandseinsätzen notwendigen Informationen bereitzustellen und die Streitkräfte im Einsatz und Grundbetrieb zu unterstützen.

*Meine Damen und Herren,*

der BND versteht sich als Dienstleister für die Bedarfsträger. Dazu gehören angesichts des wachsenden deutschen außen- und sicherheitspolitischen Profil in besonderem Maße auch BMVg und Bundeswehr. Zu recht sprechen wir heute von der „Bundeswehr im Einsatz“.

Für den Bundesnachrichtendienst erwächst daraus die vornehme Pflicht, seinen bestmöglichen Beitrag für den Schutz des Lebens und der Gesundheit unserer Soldaten im Einsatz zu leisten.

Ich darf Ihnen versichern, der Dienst ist sich dieser Verpflichtung sehr bewusst.

*Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.*